



Priska Hinz

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Persönliche Erklärung

zur Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001), 1413 (2002), 1444 (2002), 1510 (2003), 1563 (2004), 1623 (2005) und 1707 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Bundestag hat am 9. März 2007 die Erweiterung des ISAF-Mandates für die Deutsche Bundeswehr beschlossen. Entschieden wurde, dass der Bundestag Tornados zur militärischen Aufklärung nach Afghanistan entsendet. Am Ende eines langen Diskussionsprozesses habe ich für die Entsendung gestimmt. Leicht ist mir diese Entscheidung nicht gefallen!

Wir haben in der grünen Bundestagsfraktion eine ernste und auch intensive Debatte darüber geführt, wie der beste Weg zur Stabilisierung des seit Jahren im Bürgerkrieg geschundenen Landes aussehen kann. Die übergroße Mehrheit der Fraktion fordert einen grundlegenden Strategiewechsel und setzt sich für eine wesentliche Stärkung von ISAF ein. Unterschiedlich wurde und wird die Frage gesehen, ob mit den Tornados diese Stärkung herbeigeführt werden kann oder nicht.

Nach Abwägung der möglichen Risiken gegenüber dem Nutzen, den der Tornado-Einsatz in Afghanistan haben kann, habe ich diesem Einsatz am 9. März 2007 zugestimmt, weil ich die militärische Flankierung der zivilen Maßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt für notwendig halte.

Mit gleicher Vehemenz fordere ich gleichzeitig verstärkte Investitionen in den zivilen Aufbau – eine politisch-zivile Offensive -, wie es sowohl im grünen Parteitagsbeschluss vom Dezember 2006, im Parteiratsbeschluss vom 5. März 2007 und auch im aktuellen Entschließungsantrag der grünen Bundestagsfraktion gefordert und mit jeweils übergroßen Mehrheiten beschlossen wurde.

Mein Abstimmungsverhalten beruht auf folgenden Überlegungen:

Fünf Jahre nach dem Sturz des Taliban-Regimes hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan verschlechtert. Insbesondere in den östlichen und südlichen Provinzen, die an Pakistan grenzen, hat etwa die Zahl der Selbstmordattentate stark zugenommen. Es steht zu befürchten, dass die Taliban in den kommenden Monaten mit dem Abschmelzen des Schnees, der die Grenzregion im Winter unpassierbar werden lässt, ihre Angriffe auf die internationalen Truppen verstärken werden.

Mit der Ausweitung des ISAF (International Security Assistance Force) Mandats auf Gesamtafghanistan stehen nun überwiegend Truppen der ISAF-Verbündeten Großbritannien, Holland und Kanada im Mittelpunkt der militärischen Auseinandersetzungen. Nach Ansicht von Afghanistan-Experten intensivieren die Taliban und die mit ihnen verbundenen Kräfte der al-Qaida ganz bewusst ihre Attacken in der Annahme, dass die ISAF-Verbände im Gegensatz zu den US-Truppen diesen Übergriffen nicht lange standhalten würden. Die Taliban spekulieren

darauf, dass die zunehmenden Verluste den Druck auf die Regierungen dieser Länder so stark zunehmen lassen, dass sich diese zum Rückzug aus Afghanistan entschließen werden.

Über die Folgen eines solchen Rückzugs dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben: Die Taliban haben von 1996 bis 2001 den brutalen Charakter ihres menschenverachtenden Regimes, unter dem vor allem die weibliche Bevölkerung und die ethnischen und religiösen Minderheiten gelitten haben, unter Beweis gestellt. Afghanistan würde einmal mehr zu einem sicheren Rückzugsort für Terroristen der al-Qaida und anderer Extremisten werden. Ein Sieg der Taliban wäre aber nicht nur eine Katastrophe für die afghanische Bevölkerung, es würde das Scheitern der NATO bedeuten und auch die Bedeutung und das Ansehen der UN, die eine tragende Rolle im afghanischen Friedensprozess haben, massiv beschädigen. Dies kann nicht im Interesse grüner Friedenspolitik liegen, die sich eindeutig zu multilateralen Ansätzen der Konfliktlösung bekennt. Ein Scheitern der Afghanistan-Mission muss daher verhindert werden.

Für die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergeben sich aus dieser Situation die folgenden Forderungen und Schlussfolgerungen:

1. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Vorrang zivilen Engagements in Afghanistan. Eine dauerhafte Stabilisierung ist nur möglich, wenn die afghanische Bevölkerung vom Friedensprozess überzeugt werden kann. Dies kann nur gelingen durch den Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur, die durch den 30-jährigen Krieg fast vollständig zerstört worden ist. Hier ist noch viel zu wenig geleistet worden. So lässt sich etwa der Aufbau der afghanischen Polizei, für den Deutschland als lead-nation zuständig ist, mit gerade mal 40 deutschen Polizist/innen nicht bewerkstelligen. Für die Bundesregierung muss daher gelten: Klotzen statt Kleckern.
2. Die Anschläge der Taliban haben in einigen Landesteilen fast zu einem kompletten Rückzug der internationalen Organisationen und der NGO's geführt. In diesen Gebieten ist der Wiederaufbau fast zum Erliegen gekommen – genau dies beabsichtigen die Taliban. Der zivile Wiederaufbau bedarf daher in der gegenwärtigen Situation einer militärischen Absicherung. Dennoch gilt: Ein militärisches Vorgehen kann nur als Unterstützung einer politischen Strategie und ziviler Wiederaufbauprojekte erfolgreich sein
3. Im Herbst vergangenen Jahres wurde das Mandat Operation Enduring Freedom (OEF) im Bundestag erneut abgestimmt. Dieser Mandatsverlängerung standen wir äußerst kritisch gegenüber. Nach Ansicht von Experten hat die Art und Weise der Operationsführung den Taliban und ihren Verbündeten der al-Qaida Auftrieb gegeben. Zudem hat die Bundesregierung uns über den Einsatz der KSK-Soldaten im Rahmen des OEF-Mandats keine ausreichenden Informationen bereitgestellt. Sie konnte daher auch nicht überzeugend begründen können, warum die Mission unter den damaligen Rahmenbedingungen fortgesetzt werden sollte. Dagegen haben wir uns für eine Stärkung von ISAF als der klassischen Verbindung von militärischer Sicherheit auf der einen Seite und zivilem Aufbau und Nation-Building auf der anderen Seite ausgesprochen. Wir unterstützen daher weiterhin die Stärkung des UN-mandatierten ISAF-Einsatzes mit dem Ziel, das dieses das OEF Mandat langfristig ersetzt.
4. Wir haben uns von Beginn an für eine Ausweitung des ISAF-Mandats, das zunächst auf Kabul begrenzt war, ausgesprochen. Im Zuge der mehrstufigen Ausdehnung des Mandats ist ISAF nun mit 33 000 Soldaten/innen aus 37 Nationen für Sicherheit und Wiederaufbau in ganz Afghanistan zuständig, d.h. auch für den unruhigen Süden und Osten. Wir dürfen unsere kanadischen, britischen und holländischen ISAF Verbündeten nicht alleine lassen, besonders jetzt, da die Lage zunehmend schwierig wird.
5. Eine Destabilisierung des Südens und Ostens wird langfristig auf die die übrigen Landesteile übergreifen. Schon jetzt ist auch in der Hauptstadt Kabul und in den

westlichen Provinzen Herat und Farah eine spürbare Verschlechterung der Sicherheitslage zu verzeichnen. Es ist daher wichtig, dass wir weiterhin im Norden Afghanistans präsent bleiben und helfen, die dort errungenen Erfolge auch militärisch abzusichern. Eine Aufteilung des Mandats in ISAF-Süd und ISAF-Nord kann es nicht geben. Die Stabilisierung des ganzen Landes muss das Ziel sein.

6. Die von der NATO angeforderten Tornados sollen Aufklärungskapazitäten für ISAF bereitstellen. Eine Weitergabe der daraus gewonnenen Daten an OEF soll nur restriktiv geschehen. An diesem Punkt müssen wir kritisch prüfen, wieweit diese Einschränkung eingehalten wird. Klar ist, dass die Auswertung der Bilder nicht, wie vom Verteidigungsminister Jung leichtfertig behauptet, zum Aufspüren von Selbstmordattentätern genutzt werden. Vielmehr können die Aufnahmen Aufklärung leisten über die Bewegung von Truppenverbänden und militärischen Einheiten und damit helfen, den Beschuss unschuldiger Zivilisten zu vermeiden. Damit reagiert die ISAF auf die Tatsache, dass die Taliban mittlerweile in großer Zahl die pakistanische Grenze überqueren und afghanische Ortschaften im Grenzgebiet in Verbandsstärke angegriffen und kurzzeitig auch schon eingenommen haben.

In der Öffentlichkeit und auch in den politischen Diskussionen der Nato ist nunmehr klar, dass nur mit einem grundlegenden Strategiewechsel, der die klare Priorität auf einen zivilen Aufbau legt, die schwierige Situation in Afghanistan im Sinne einer nachhaltigen Stabilisierung des Landes gemeistert werden kann. Für uns gilt es abzuwägen, ob dieser dringend nötige Strategiewechsel – die Stärkung und Beschleunigung des zivilen Aufbaus unter dem Schutz von ISAF – tatsächlich stattfindet oder ob er nur proklamiert wird. Das ist zum diesem Zeitpunkt eine nicht einfach zu beantwortende Frage. Die Bundesregierung muss nach unserer gemeinsamen Überzeugung einen wesentlich größeren Beitrag für einen Strategiewechsel der Nato in Afghanistan leisten.

In einem Entschließungsantrag vom 7. März 2007, der von meiner Fraktion mit übergroßer Mehrheit beschlossen wurde, sind die grünen Forderungen nach einem grundlegenden Strategiewechsel und einer politisch-zivilen Offensive ausführlich dokumentiert (siehe Anhang).

Eine Rückeroberung durch die Taliban darf es nicht geben. Deutschland hat in Afghanistan über 630 Projekte auf den Weg gebracht. Sieben Millionen Kinder können wieder in die Schule gehen, die Mädchenschulen wurden wieder eröffnet, und Frauen dürfen wieder einen Beruf ausüben. Über 80 Prozent der Bevölkerung werden wieder basismedizinisch versorgt. Die grüne Bundestagsfraktion macht es sich in dieser Debatte nicht einfach, weder in der einen noch in der anderen Richtung. Wir wissen um unsere Verantwortung für den Aufbau eines demokratischen Afghanistans. Das sind wir den Menschen in Afghanistan, den Soldaten und ihren Angehörigen, aber auch den vielen internationalen Helfern der NGOs schuldig.

Über die Tragweite meiner Entscheidung bin ich mir im Klaren. Entsprechend intensiv habe ich mich mit dem Thema auseinandergesetzt und am 9. März 2007 an der Sache orientiert und nach meinem Gewissen entschieden. Ich weiß jedoch auch um die vielfältigen Befürchtungen in der Bevölkerung und stelle mich gerne einer kritischen Diskussion.

Priska Sturz

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Kerstin Müller (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Britta Haßelmann, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Renate Künast, Fritz Kuhn, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock, Josef Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
- Drucksachen 16/4298, 16/....**

Beteiligung deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001), 1413 (2002), 1444 (2002), 1510 (2003), 1563 (2004), 1623 (2005) und 1707 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die internationale Staatengemeinschaft hat in ihren Bemühungen um eine Stabilisierung und den Wiederaufbau Afghanistans viel erreicht. Der 2005 mit der Eröffnung des afghanischen Parlaments abgeschlossene Petersberg-Prozess hat die wichtigsten Institutionen und Grundlagen für das politische System und die gesellschaftliche Entwicklung in Afghanistan geschaffen. Allerdings sind diese neuen Fundamente noch nicht tragfähig. Trotz einzelner Erfolge hat sich im vergangenen Jahr die Lage in Afghanistan insgesamt eher verschlechtert.

Eine nach wie vor begrenzte Handlungsfähigkeit vieler afghanischer Regierungsinstitutionen untergräbt die Legitimität sowohl auf Ebene der Zentralregierung, als auch in den Provinzen. In ländlichen Regionen ist auch nach fünf Jahren häufig noch keine Verbesserung der Lebensqualität und Basisversorgung zu spüren. Die Auflösung illegaler bewaffneter Gruppen kommt ebenso schleppend voran wie der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte. Gravierende Defizite im Justizsektor, der öffentlichen Verwaltung und der Polizei führen dazu, dass in vielen Gebieten die örtliche Bevölkerung – besonders die Frauen – schutzlos regionalen Machthabern und regierungsfeindlichen Kräften, nicht zuletzt den Taliban, ausgesetzt ist. Mädchenschulen werden abgebrannt, vermeintliche Kollaborateure ermordet und Kämpfer zwangsrekrutiert.

Die im erheblichen Umfang in den blühenden Opiumhandel verwickelten regierungsfeindlichen Kräfte haben 2006 ihre Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und nationale wie internationale Sicherheitskräfte deutlich verstärkt. Dabei konnten sie hinsichtlich Führung, Logistik, Rekrutierung und Ausbildung nach wie vor auf den Rückzugsraum Pakistan zurückgreifen. Die Gesamtzahl der afghanischen Todesopfer - einschließlich der getöteten Aufständischen - ist mit 4.400 doppelt so hoch wie im Vorjahr und die höchste Jahresbilanz seit Oktober 2001. Dabei nahmen vor allem die militärisch schwer zu bekämpfenden Selbstmordanschläge und Anschläge mit improvisierten Straßenbomben erheblich zu. Die ISAF-Ausweitung auf den Süden und Osten

stieß auf erheblichen Widerstand und führte zu heftigen Gefechten, bei denen auch zahlreiche Zivilisten ums Leben kamen. Die meisten der mehr als 1.000 Zivilisten sind laut Human Rights Watch bei Angriffen der Taliban oder anderer Regierungsgegner ums Leben gekommen.

2. Der Kampf gegen gewalt- und terrorbereite Kräfte macht den Einsatz von Polizei- und Streitkräften erforderlich. Ohne ein Mindestmass an Sicherheit ist der Aufbau staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen nicht möglich. Eine Schlüsselaufgabe hat dabei die von der NATO geleitete International Security Assistance Force (ISAF). Inzwischen sind ca. 36.000 Soldatinnen und Soldaten aus 37 Nationen im Auftrag der Vereinten Nationen ISAF-Einsatz.

Die USA tragen mit 14.000 Soldatinnen und Soldaten und 12 von 25 PRTs nicht nur bei ISAF die Hauptlast. Weitere 8.000 US-Soldaten agieren im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan. Das Nebeneinander von ISAF und OEF, d.h. hinsichtlich Auftrag, Truppenzusammenstellung, militärischem Vorgehen und zivil-militärischer Vernetzung höchst unterschiedlichen internationalen Militärallianzen im gleichen Einsatzraum ist kontraproduktiv. Die Art und Weise der Sicherheitsunterstützung durch ISAF und OEF muss einheitlich und Teil der Lösung sein. Dies gilt sowohl hinsichtlich eines interkulturell sensiblen Auftretens gegenüber der afghanischen Bevölkerung als auch hinsichtlich der größtmöglichen Zurückhaltung und Vorsicht im Rahmen der militärischen Gewaltanwendung.

Vor diesem Hintergrund sind auch Risiken und Chancen einer personal- und kostenintensiven Bereitstellung von TORNADO-Aufklärungsflugzeugen zu bewerten. Unstrittig ist, dass ISAF zur Erfüllung des Stabilisierungsauftrags eine robuste militärische Komponente braucht, die Partner wechselseitig aufeinander angewiesen sind und eine Bündnisanfrage – sofern die Kapazitäten es erlauben – grundsätzlich positiv entschieden werden sollte. Unstrittig ist auch, dass im unwegsamen Afghanistan RECCE-TORNADOs zur relativ raschen und ungefährdeten Verbesserung des Lagebilds genutzt werden können. Allerdings sind die Aufklärungsergebnisse dual-use-fähig, d. h. sie können sowohl zu einem u.U. kontraproduktiven Vorgehen oder zur Drogenvernichtung als auch zum Schutz, zur Stabilisierung oder zum Vermeiden von Opfern eingesetzt werden. Entscheidend ist, wie die Aufklärungsergebnisse im Rahmen der gemeinsam vereinbarten Gesamtstrategie genutzt werden.

3. Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis, dass man sich sowohl auf Seiten der US-Administration als auch der NATO darüber im klaren ist, dass neue Strategien erforderlich sind, die stärker politische Lösungen und eine Forcierung des zivile Wiederaufbaus betonen. Bislang ist ein Kurswechsel, der dem zivilen Wiederaufbau Vorrang gibt, noch nicht zweifelsfrei erkennbar.

Afghanistan braucht jetzt vor allem eine „zivile Frühjahrsoffensive“. Die angekündigte zivile Mittelserhöhung der Bundesregierung von 80 Mio. € auf 100 Mio. reicht dafür nicht. Sie gleicht nicht einmal das Missverhältnis zwischen zivilen und militärischen Aufwendungen aus, das durch die rund 70 Mio. zusätzlichen Euros für die Tornados entstehen würde. Die zivile und polizeiliche Präsenz in den deutschen PRTs ist nach wie vor lückenhaft, die Mittelzuweisung unzureichend und der Mittelabfluss überbürokratisiert. Deutschland, das die Koordinierungsverantwortung beim Aufbau der Polizei hat, hat in den Jahren 2002 bis 2006 insgesamt 60 Mio. € für den Polizeiaufbau in Afghanistan zur Verfügung gestellt. Dies ist weniger, als ein einjähriger TORNADO-Einsatz kosten soll. Angesichts der riesigen Anforderungen ist dieser Personal- und Mittelansatz völlig unzureichend. Deutschland muss sein qualitativ hervorragendes Engagement im Polizeibereich vervielfachen. Auch die angekündigten EU-Maßnahmen im Bereich Polizei- und Justizaufbau müssen ausgeweitet werden. Gleichzeitig müssen Bund und Länder dafür sorgen, dass die Infrastruktur und die Personalreserve für internationale Polizeieinsätze rasch ausgebaut und institutionalisiert werden. Die Bundesregierung sollte prüfen, ob und wie das zivile Engagement in den südöstlichen Provinzen Afghanistans verantwortlich ausgebaut werden kann. Auch die Übernahme eines weiteren regionalen Wiederaufbauteams muss vorbehaltlos überprüft werden.

Handlungsbedarf besteht auch im Bereich der Drogenbekämpfung. Statt einer kurzsichtigen und rücksichtslosen Vernichtung der Felder, die einseitig zu Lasten der Bauern geht, muss die ganze Drogenökonomie in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden. Es bedarf realer Alternativen

gerade für ländliche Gebiete. Auch im Umgang mit Pakistan bedarf es entschiedener Bemühungen, um die vom pakistanischen Hoheitsgebiet ausgehende und zum Teil geduldete Destabilisierung durch Al-Kaida und Taliban-Kräfte zu beenden.

Der Deutsche Bundestag teilt die Sorge, dass das Zeitfenster für einen Strategiewechsel und einen erfolgreichen Wiederaufbauprozess nicht ewig offen bleibt. Deswegen muss die Umsetzung sofort und mit Nachdruck vor Ort erfolgen. Das kriegszerrüttete Afghanistan darf nicht erneut zu Rückzugsort und Trainingslager für internationale Terroristen werden. Deshalb unterstützt der Deutsche Bundestag mit Nachdruck die internationalen Bemühungen um eine Stabilisierung und den Wiederaufbau des Landes.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. den wiederholt geforderten Strategiewechsel innerhalb der ISAF zu forcieren und damit dazu beizutragen, dass die Zivilbevölkerung das internationale Engagement als Sicherheitsgewinn und Schritt in die richtige Richtung erfährt,
2. verstärkt dafür einzutreten, dass das Missverhältnis zwischen zivilen und militärischen Maßnahmen ausgeglichen wird und gegenüber den Partnern eine Verstärkung der zivilen Bemühungen einzufordern,
3. die deutschen personellen und finanziellen Beiträge zum Polizeiaufbau zu vervielfachen und im Rahmen der ESVP-Polizeimission auf eine zahlenmäßig und qualitativ wirksame Ausbildung afghanischer Polizisten hinzuwirken,
4. darüber hinaus durch eine substanzielle Erhöhung der deutschen Beiträge und Fähigkeiten zur Stärkung der afghanischen Regierungsfähigkeit und zum Wiederaufbau beizutragen und dafür zu sorgen, dass durch rasch sichtbare Erfolge das Vertrauen der Bevölkerung erhalten bleibt bzw. zurückgewonnen wird,
5. sich dafür einzusetzen, dass die deutschen militärischen Beiträge im Rahmen der ISAF-Mission zu keiner militärischen Eskalation und weiteren Entfremdung der afghanischen Bevölkerung beitragen,
6. gegenüber den anderen an ISAF sowie an der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan beteiligten Staaten und den afghanischen Sicherheitskräften darauf hinzuwirken, dass im Kampf gegen militante regierungsfeindliche oder terroristische Kräfte das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und alle anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und Konventionen eingehalten werden,
7. sich dafür einzusetzen, dass die Aufgabe der Terrorbekämpfung zunehmend an die Zentralregierung übertragen wird, sowie die verbliebenen OEF-Kräfte abgezogen bzw. der NATO-geführten ISAF unterstellt und in deren überarbeitete Militärstrategie integriert werden,
8. mit allem Nachdruck auf eine nicht-korrumperte, leistungsfähige Regierungsführung zu drängen und die afghanische Regierung dabei weiterhin zu unterstützen
9. vorhandene afghanische Strukturen und soziale Schlüsselgruppen stärker einzubinden und deren Kapazität zu stärken und dabei auch die Aussichten auf Befriedung durch regionale Verhandlungen mit Stammesführern oder militanten Kräften zu prüfen,
10. sich gegen eine Herbizid-gestützte oder anbaufixierte Bekämpfung der Opiumökonomie auszusprechen und dafür zu sorgen, dass vor allem die hauptverantwortlichen Profiteure, deren Konten, Produktionsanlagen und Vertriebswege in den Mittelpunkt rücken und die ertappten Täter auch strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden,

11. verstärkt darauf hinzuwirken, dass Pakistan nicht länger als Führungs-, Ausbildungs-, Rückzugs- und Nachschubbasis für al-Qaida, Taliban oder sonstige militante regierungsfeindliche Kräfte fungiert und dabei wirtschaftliche und rechtsstaatliche Entwicklung der pakistanischen Grenzregion sowie eine Verbesserung der Situation der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan zu erreichen
12. das eigene und internationale Engagement in Afghanistan selbstkritisch und vorbehaltlos zu überprüfen, und die Erkenntnisse dieses Lessons-Learned-Prozesses dem Deutschen Bundestag im Rahmen der Unterrichtungspflichten zur Kenntnis zu geben
13. auch im Interesse der Bundeswehr und einer breitestmöglichen politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz bei der Entsendung bewaffneter Streitkräfte den engen Austausch mit dem Deutschen Bundestag zu suchen und von Einschränkungen oder juristischen Spitzfindigkeiten zur Umgehung der Mitwirkungsrechte des Bundestages Abstand zu nehmen.

Berlin, den 7. März 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion